

Nachhaltige Entwicklung in der Europäischen Union

Fortschrittsbericht über die EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung 2011

Zusammenfassung

Zusammenfassung

Die nachhaltige Entwicklung ist ein grundlegendes und übergeordnetes Ziel der Europäischen Union, das eine kontinuierliche Verbesserung der Lebensqualität und des Wohlstands für die heute lebenden und die künftigen Generationen durch die Verbindung der wirtschaftlichen Entwicklung mit Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit anstrebt.

Die EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung 2006 beschreibt, wie die EU die Herausforderung der nachhaltigen Entwicklung wirksamer bewältigen kann. Gesamtziel der Strategie ist eine kontinuierliche Verbesserung der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger durch den Aufbau nachhaltiger Städte (die Verwirklichung „nachhaltiger Gemeinschaften“), die Ressourcen effizient bewirtschaften und einsetzen und das ökologische und soziale Innovationspotenzial der Wirtschaft nutzen, um Wohlstand, Umweltschutz und sozialen Zusammenhalt sicherzustellen.

Die Messung der Fortschritte auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung ist ein wesentlicher Bestandteil der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung. Eurostat hat die Aufgabe, alle zwei Jahre einen Fortschrittsbericht auf der Grundlage der EU-Indikatoren für nachhaltige Entwicklung zu erstellen. Bislang hat Eurostat drei Fortschrittsberichte – in den Jahren 2005, 2007 und 2009 – veröffentlicht. Dieser vierte Bericht bietet einen Überblick über die Umsetzung der Ziele und der zentralen Herausforderungen der Strategie.

In der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung sind Ziele und Vorgaben festgelegt, die die Europäische Union auf den Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung bringen sollen. Gemessen an diesen Zielen und Vorgaben wird im diesem Bericht in quantitativer Hinsicht beurteilt, ob die Entwicklung der EU in die richtige Richtung geht und inwiefern sich diese Entwicklung in den EU-Indikatoren für nachhaltige Entwicklung niederschlägt.

Gesamtziel der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung ist eine Verbesserung der Lebensqualität.

Die Messung der Fortschritte auf Basis der EU-Indikatoren für nachhaltige Entwicklung ist ein wesentlicher Bestandteil der Strategie.

Dieser Bericht beurteilt die Fortschritte auf dem Weg zur Erreichung der Ziele und Vorgaben der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung.


































Ist die Europäische Union auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung?

Dieser Bericht soll keine absolute Bewertung dahingehend zum Ausdruck bringen, ob sich die EU nachhaltig entwickelt – schließlich besteht in Politik und Wissenschaft kein Konsens darüber, was unter einem Zustand der Nachhaltigkeit zu verstehen ist –, oder darüber, welche Werte für viele der in diesem Bericht behandelten Indikatoren als optimal anzunehmen wären. In dem vorliegenden Bericht geht es vielmehr um eine Bewertung der Fortschritte auf dem Weg zur Verwirklichung der Ziele und Vorgaben der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung, mit deren Hilfe die Europäische Union auf einen Weg gebracht werden soll, der implizit als Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung definiert wurde. Daher nimmt der Bericht eine relative Bewertung anhand dieser Ziele und Vorgaben dahingehend vor, ob sich die EU in die richtige Richtung entwickelt. Dabei liegt der Schwerpunkt eher auf dem Begriff „nachhaltige Entwicklung“ als auf dem Begriff „Nachhaltigkeit“¹.

¹ Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung ist von dem Konzept der Nachhaltigkeit abzugrenzen. „Nachhaltigkeit“ ist ein Merkmal eines Systems. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Erhaltung eines bestimmten Systemzustands über die Zeit. Das Konzept der „nachhaltigen Entwicklung“ bezeichnet einen Prozess, der Veränderungen oder Entwicklungen umfasst. Die EU-Strategie ist darauf ausgerichtet, „eine

Um zu beurteilen, ob Fortschritte auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung erzielt wurden, kann es von Interesse sein, die Ergebnisse der Evaluierung von Trends in den Leitindikatoren aus dem aktuellen Bericht mit denjenigen aus dem Bericht von 2009 zu vergleichen². Zwei Faktoren erschweren jedoch einen solchen Vergleich. Erstens wird das Bild durch die Umwälzungen der Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2007 verkompliziert. Im folgenden Abschnitt dieses Kapitels wird versucht, einige dieser Auswirkungen zu beschreiben. Zweitens weisen die beiden Berichte in Bezug auf die verwendeten Datensätze, Zielvorgaben und Bewertungsverfahren gewisse Unterschiede auf. Um diese Unterschiede auszugleichen, wurden die in den früheren Berichten vorgenommenen Bewertungen entsprechend den im aktuellen Bericht herangezogenen Datensätzen und Methodiken bereinigt und sind in Tabelle 1 neben den ursprünglichen Bewertungen von 2009 und denjenigen des aktuellen Berichts dargestellt.

Tabelle 1: Vergleich der Bewertungen der Leitindikatoren zwischen 2009 und dem vorliegenden Bericht³

Thema der Indikatoren für nachhaltige Entwicklung	Leitindikator	Bericht 2009	Bereinigte Bewertung 2009	Aktueller Bericht
Sozioökonomische Entwicklung	Reales Pro-Kopf-BIP			
Nachhaltiger Verbrauch und nachhaltige Produktion	Ressourcenproduktivität			
Soziale Eingliederung	Armutgefährdung oder Gefahr sozialer Ausgrenzung			
Demografische Veränderungen	Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger			
Öffentliche Gesundheit	Lebenserwartung und gesunde Lebensjahre			
Klimawandel und Energie	Treibhausgasemissionen			
	Verbrauch erneuerbarer Energien			
Nachhaltiger Verkehr	Energieverbrauch des Verkehrs im Verhältnis zum BIP			
Natürliche Ressourcen	Population verbreiteter Vogelarten			
	Erhaltung von Fischbeständen			
Globale Partnerschaft	Öffentliche Entwicklungshilfe			
Gute Staatsführung	[Kein Leitindikator]	:	:	:

Selbst wenn lediglich bei zwei der elf Leitindikatoren in beiden Berichten dasselbe Bewertungsergebnis zu verzeichnen ist (Lebenserwartung unter dem Thema „Öffentliche Gesundheit“ und der Index der verbreiteten Vogelarten unter dem Thema „Natürliche Ressourcen“), würden sieben Indikatoren in beiden Berichten identisch bewertet, falls die aktuellen Datensätze, Zielvorgaben und Bewertungsverfahren im Jahr 2009 zugrunde gelegt worden wären. Neben den beiden bereits erwähnten Indikatoren zählen hierzu die beiden „Entkopplungsindikatoren“ (Ressourcenproduktivität und Energieverbrauch des Verkehrs im Verhältnis zum BIP), die Armutgefährdung oder Gefahr sozialer Ausgrenzung, der Verbrauch erneuerbarer Energien und die Erhaltung von Fischbeständen.

kontinuierliche Verbesserung der Lebensqualität [...] zu erreichen“, und der Schwerpunkt liegt daher auf der Aufrechterhaltung des Prozesses zur Verbesserung des Wohlergehens der Menschen. Die nachhaltige Entwicklung strebt kein stabiles Gleichgewicht an, sondern ist ein dynamisches Konzept, das die Tatsache berücksichtigt, dass Veränderungen eine inhärente Erscheinung menschlicher Gesellschaften sind.

² [Eurostat, Sustainable development in the European Union: 2009 monitoring report of the EU sustainable development strategy \(„Nachhaltige Entwicklung in der Europäischen Union: Fortschrittsbericht über die EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung“\)](#) Luxemburg, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2009.

³ Das Bewertungsverfahren und die Bedeutung der Wettersymbole werden im einleitenden Kapitel des ausführlichen Berichts erläutert.

Reale Veränderungen zeigen sich somit bei den vier restlichen Indikatoren. Bei zwei von diesen Indikatoren hat sich die Situation ungünstig entwickelt: Reales Pro-Kopf-BIP und Beschäftigung älterer Erwerbstätiger. Andererseits haben sich zwei Indikatoren positiv entwickelt: Treibhausgasemissionen und öffentliche Entwicklungshilfe. Wie im folgenden Abschnitt beschrieben hat die Wirtschafts- und Finanzkrise bei verschiedenen dieser Veränderungen eine Rolle gespielt.

Insgesamt wird es aufgrund der oben dargestellten Umstände schwieriger, ein Urteil darüber abzugeben, inwieweit seit dem Bericht 2009 Fortschritte erzielt wurden. In Anbetracht der Tatsache, dass bei knapp der Hälfte der Leitindikatoren eine leicht ungünstige Entwicklung zu beobachten ist, lässt sich jedoch nicht die Schlussfolgerung ziehen, dass sich die Europäische Union auf dem Weg hin zu einer nachhaltigen Entwicklung befindet.

Auswirkungen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise

Infolge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise, die Ende 2007 begann, kam es in der EU im Verlauf des Jahres 2008 zu einer Rezession⁴. Mitte 2011, bei Fertigstellung des vorliegenden Berichts, wuchs die EU-Wirtschaft nach wie vor nur langsam. Die Auswirkungen dieser Ereignisse waren schwerwiegend und reichen weit über die Wirtschaft hinaus. Sie betreffen eine Vielzahl der Themen, die von den in dieser Veröffentlichung aufgeführten Indikatoren abgedeckt werden. Dieser Abschnitt enthält eine kurze Zusammenfassung der betroffenen Bereiche über den Zeitraum von Ende 2007 bis, soweit möglich, 2010. Auch wenn dies zum jetzigen Zeitpunkt noch offen ist, könnten einige der Folgen, etwa eine niedrigere Investitionsquote, langfristige und dauerhafte Ankurbelungseffekte haben, die erst in nachfolgenden Berichten zutage treten.

Die Liquiditätsprobleme im Bankensektor, die 2007 ihren Anfang nahmen, führten zu einem Druck auf Kreditpreise und zu fallenden Preisen für Vermögenswerte, die wiederum eine geringere Verbrauchernachfrage (angezeigt durch den Indikator „Ausgaben der Privathaushalte“), einen Anstieg der „Sparquote privater Haushalte“, niedrigere „Investitionen“ aus Unternehmen und Privathaushalten, einen Rückgang des internationalen Handels (angezeigt durch den Indikator „Einfuhren aus Entwicklungsländern“) sowie einen Rückgang des „realen Pro-Kopf-BIP“ nach sich zogen. Die Höhe der „Staatsverschuldung“ stieg dramatisch. Die „Beschäftigung“ ging, insbesondere unter jungen Menschen, zurück, und Männer waren stärker betroffen als Frauen („Beschäftigungsquote [Frauen]“). Der Trend in Richtung einer steigenden „Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger“ schwächte sich ab. Infolge der Hortung von Arbeitskräften und veränderten Arbeitszeiten sank die „Arbeitsproduktivität“. Andererseits stiegen die „Ausgaben für Forschung und Entwicklung“, da mehrere Länder ihre Ausgaben in dem Versuch, die wirtschaftliche Erholung und ein langfristiges Wachstum zu unterstützen, aufstockten. Infolge der sinkenden Nachfrage sank auch die industrielle Produktion, wie das Beispiel „Produktion von toxischen Chemikalien“ zeigt.

Der Anstieg der „Arbeitslosigkeit“ und der „Langzeitarbeitslosigkeit“ hat gesellschaftliche Auswirkungen. Auch wenn die „Armutgefährdung“ insgesamt gesunken ist, stieg sie für die Altersgruppe der 25- bis 49-Jährigen an; dies galt ebenfalls geringfügig für die Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen. Das „Ausmaß der Armut“ stieg ebenfalls, ebenso wie die „Selbstmordrate“, insbesondere unter Männern und Personen mittleren Alters. Die „Bruttoziffer des Wanderungssaldos“ sank ebenfalls, wahrscheinlich infolge der Schwierigkeit, eine Beschäftigung in der EU zu finden. In Bezug auf die weltweite Armutsbekämpfung sank die „Finanzierung für Entwicklungsländer“, allerdings eher aufgrund der verminderten Finanzströme seitens privater Spender als seitens staatlicher Stellen oder NRO.

Die Nachfrage nach Energie („Energetischer Endverbrauch“) sank parallel zum BIP. Dieser niedrigere Verbrauch führte zu einer Stabilisierung der „Energieabhängigkeit“ und damit zu einem Abbruch des Langzeittrends hin zu einer vermehrten Abhängigkeit. „Treibhausgasemissionen“ und

⁴ Eine eingehende Analyse der Krise siehe: [Europäische Kommission, *Economic Crisis in Europe: Causes, Consequences and Responses* \(Wirtschaftskrise in Europa: Ursachen, Folgen und Reaktionen\), *European Economy*, Nr. 7, 2009.](#)

„Luftschadstoffemissionen“, die bereits im Sinken begriffen waren, nahmen noch schneller ab.





Der Güterverkehr sank schneller als das BIP (angezeigt durch den Indikator „Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP“). Wahrscheinlich infolge eines langsameren Rückgangs der Personenbeförderung sank der Energieverbrauch des Verkehrs nichtsdestotrotz weniger stark als das BIP („Energieverbrauch des Verkehrs im Verhältnis zum BIP“). „Treibhausgasemissionen durch Verkehr“ nahmen ab, und „Emissionen von Stickoxiden (NO_x) durch Verkehr“ und „Feinstaubemissionen durch Verkehr“ sanken schneller als in den Vorjahren. Die Anzahl der „Verkehrstoten“ sank ebenfalls, wahrscheinlich infolge eines niedrigeren Verkehrsvolumens.

Die öffentliche Reaktion auf die Krise und den Umgang mit der Krise spiegelt sich im Rückgang des „Bürgervertrauens in die EU-Institutionen“ sowie der „Wahlbeteiligung an nationalen Wahlen“.

Fortschritte in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung in der Europäischen Union

Elf der über 100 in diesem Bericht behandelten Indikatoren wurden als Leitindikatoren festgelegt. Diese Leitindikatoren sollen Aufschluss darüber geben, ob die EU in Bezug auf die in der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung festgelegten Ziele und Vorgaben Fortschritte in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung erzielt hat. Eine Bewertung der Fortschritte seit dem Jahr 2000 auf Basis dieser Leitindikatoren ergibt ein recht gemischtes Bild.

Tabelle 2: Bewertung der Veränderung bezüglich der Leitindikatoren (EU-27, ab 2000)⁵

Thema der Indikatoren für nachhaltige Entwicklung	Leitindikator	Bewertung der Veränderung für EU-27
Sozioökonomische Entwicklung	Reales Pro-Kopf-BIP	
Nachhaltiger Verbrauch und nachhaltige Produktion	Ressourcenproduktivität	
Soziale Eingliederung	Armutgefährdung oder Gefahr der sozialen Ausgrenzung (*)	
Demografische Veränderungen	Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger	
Öffentliche Gesundheit	Lebenserwartung und gesunde Lebensjahre (**)	
Klimawandel und Energie	Treibhausgasemissionen	
	Verbrauch erneuerbarer Energien (***)	
Nachhaltiger Verkehr	Energieverbrauch des Verkehrs im Verhältnis zum BIP	
Natürliche Ressourcen	Population verbreiteter Vogelarten****)	
	Erhaltung von Fischbeständen	
Globale Partnerschaft	Öffentliche Entwicklungshilfe	
Gute Staatsführung	[Kein Leitindikator]	:

(*) Ab 2005.

(**) Ab 2002.

(***) Ab 2006.

(****) EU-Aggregat auf Basis von 19 Mitgliedstaaten.

⁵ Das Bewertungsverfahren und die Bedeutung der Wettersymbole werden im einleitenden Kapitel des ausführlichen Berichts erläutert.



Deutlich positive Veränderungen

Die Entwicklungen der jüngsten Zeit können für den Leitindikator des Themas „Soziale Eingliederung“ als positiv eingestuft werden. Immer weniger Menschen sind durch **Armut oder soziale Ausgrenzung gefährdet**. Von 2008 bis 2009 wurde erreicht, dass die Anzahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen um 2 Millionen zurückging.

Die Zahl der durch Armut oder soziale Ausgrenzung gefährdeten Menschen sank 2008–2009 um 2 Millionen.

Auch die Veränderungen für die beiden Leitindikatoren des Themas „Klimawandel und Energie“ können als eindeutig positiv bewertet werden. Zwischen 2000 und 2009 sind die **Treibhausgasemissionen** in der EU deutlich zurückgegangen. Somit können aller Wahrscheinlichkeit nach sowohl die Kyoto-Zusagen der EU-15 (eine Verringerung um 8 % bis 2008–2012) als auch das Ziel der EU-27, die Emissionen ausgehend von den Werten von 1990 bis 2020 um 20 % zu senken, umgesetzt werden. Aufgrund von Veränderungen in methodischer Hinsicht liegen für den zweiten Leitindikator **Verbrauch erneuerbarer Energien** Daten nur für den Zeitraum 2006 bis 2008 vor. Wenn das aktuelle Tempo der Veränderung über diesen kurzen Zeitraum jedoch beibehalten werden kann, wird die EU die Zielvorgabe für 2020, den Anteil erneuerbarer Energien am Brutto-Energieendverbrauch auf 20 % zu steigern, wahrscheinlich erreichen.

Die für 2020 gesetzten Ziele bezüglich der beiden Leitindikatoren für das Thema „Klimawandel und Energie“ werden wahrscheinlich erreicht.



Leicht positive Veränderungen

Leicht positive Veränderungen sind für die Leitindikatoren der Themen „Sozioökonomische Entwicklung“ und „Öffentliche Gesundheit“ sowie für einen der beiden Leitindikatoren des Themas „Natürliche Ressourcen“ zu verzeichnen.

Leicht positive Veränderungen für die Indikatoren „Reales Pro-Kopf-BIP“, „Lebenserwartung“ und den Index der weit verbreiteten Vogelarten

In Bezug auf das Thema „Sozioökonomische Entwicklung“ stieg der Leitindikator **Reales Pro-Kopf-BIP** zwischen 2000 und 2010 um durchschnittlich 0,9 % jährlich, obwohl er aufgrund der Wirtschaftskrise und der anschließenden Rezession 2009 fast auf den Wert von 2005 fiel. EU-weit war im Jahr 2010 ein langsames Wachstum zu verzeichnen, und Mitte 2011, bei Fertigstellung dieses Berichts, zog die EU-Wirtschaft noch immer erst langsam wieder an.

Beim Thema „Öffentliche Gesundheit“ zeigen die Daten zur **Lebenserwartung** in der EU gewisse Fortschritte bezüglich einer Erhöhung der Lebenserwartung der EU-Bevölkerung. Man geht davon aus, dass ein 2008 geborenes Mädchen durchschnittlich 82,4 Jahre, ein Junge 76,4 Jahre lebt.

Daten über die **Population verbreiteter Vogelarten** – einer der Leitindikatoren für das Thema „Natürliche Ressourcen“ – zeigen, dass der Index der verbreiteten Vogelarten leicht gestiegen ist, obwohl die Zahl der Ackerlandvögel im Zeitraum 2000 bis 2008 zurückgegangen ist.



Leicht negative Veränderungen

Bei fünf der elf Leitindikatoren der EU-Indikatoren für nachhaltige Entwicklung, u. a. bei denjenigen für die Themen „Nachhaltiger Verbrauch und nachhaltige Produktion“, „Demografische Veränderungen“, „Nachhaltiger Verkehr“ und „Globale Partnerschaft“ sowie für einen der beiden Leitindikatoren des Themas „Natürliche Ressourcen“, sind leicht negative Veränderungen zu verzeichnen.

Knapp die Hälfte der Leitindikatoren zeigt einen leicht ungünstigen Trend.

Bei dem Leitindikator für das Thema „Nachhaltiger Verbrauch und nachhaltige Produktion“ ist im Zeitraum 2000 bis 2007 ein leicht ungünstiger Trend zu beobachten. Auch wenn ein Anstieg der **Ressourcenproduktivität** zeigt, dass sich in der EU die Effizienz der Ressourcenbewirtschaftung erhöht hat, ist die Nachfrage nach Materialien (und die damit verbundenen Umweltbelastungen) weiter gestiegen.

Die Ressourcenproduktivität ist gestiegen, der Materialverbrauch jedoch ebenfalls.

In Bezug auf das Thema „Demografische Veränderungen“ in der EU entsprach der Anstieg der **Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger** bis 2008 dem Zielpfad zur Erreichung der Vorgabe von 50 % im Jahr 2010. Infolge der Krise kam das Wachstum 2009 und 2010 jedoch fast vollständig zum Erliegen. 2010 lag die Beschäftigungsquote bei etwa 46 %, und das Ziel wurde verfehlt.

Die EU blieb bei der Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger hinter der Zielvorgabe für 2010 von 50 % zurück.

In Bezug auf das Thema „Ressourcenproduktivität“ sank das **Verhältnis des Energieverbrauchs des Verkehrs pro BIP-Einheit** im Zeitraum 2000 bis 2009 geringfügig. Nichtsdestotrotz – und ungeachtet eines deutlichen Rückgangs aufgrund der Krise 2009 – ist der Energieverbrauch des Verkehrs seit 2000 gestiegen, wenn auch langsamer als die Wirtschaft. Eine Abkopplung des Energieverbrauchs des Verkehrs von der wirtschaftlichen Entwicklung ist kaum erkennbar.

Eine Abkopplung des Energieverbrauchs des Verkehrs vom Wirtschaftswachstum ist kaum erkennbar.

In Bezug auf die **Erhaltung von Fischbeständen**, einen der beiden Leitindikatoren des Themas „Natürliche Ressourcen“ erreichten die Gesamtfangmengen aus Beständen außerhalb sicherer biologischer Grenzen 2009 knapp 24 %. Auch wenn dies im Vergleich zu einem Anteil von 37 % im Jahr 2000 als Verbesserung betrachtet werden kann, überstiegen die Fischfangmengen nach wie vor den Umfang, bei dem noch eine nachhaltige Bewirtschaftung gegeben wäre.

Die Fangmengen im Nordostatlantik überstiegen nach wie vor den Umfang einer nachhaltigen Bewirtschaftung.

Was die internationalen Verpflichtungen der EU angeht, so blieb der Anteil des Bruttonationaleinkommens (BNE) der EU für **öffentliche Entwicklungshilfe** in Entwicklungsländern im Zeitraum 2005 bis 2010 mit ca. 0,4 % des BNE praktisch stabil. Somit erreichte die EU weder das für 2010 gesteckte Zwischenziel von 0,56 %, noch ist sie auf dem richtigen Weg, um das für 2015 gesteckte Ziel – einen Anteil von 0,7 % des BNE für öffentliche Entwicklungshilfe – zu erreichen. Es ist jedoch zu beachten, dass viele der anderen Indikatoren für das Thema „Globale Partnerschaft“ positivere Trends aufweisen.

Die EU ist nicht auf dem Weg, das für 2015 gesteckte Ziel von 0,7 % des BNE für öffentliche Entwicklungshilfe zu erreichen.



Deutlich negative Veränderungen

Kein Leitindikator zeigt deutlich negative Veränderungen, was darauf hinweist, dass die Europäische Union gewisse Fortschritte auf dem Weg hin zu einer nachhaltigen Entwicklung gemacht hat. Betrachtet man jedoch die zusätzlichen Indikatoren im Rahmen der einzelnen Themen der EU-Indikatoren für nachhaltige Entwicklung, besteht eine Reihe deutlich negativer Veränderungen weiter fort, und das Gesamtbild ist unter Umständen weniger positiv als der Eindruck, den man bei einer isolierten Betrachtung der Leitindikatoren gewinnt.

• Kein Leitindikator

Für das Thema „Gute Staatsführung“ wurde kein Leitindikator definiert, da kein Indikator als hinreichend robust und politisch relevant angesehen wurde, um einen umfassenden Überblick über das Konzept der guten Staatsführung zu geben.












Ausführlicher Überblick über die wichtigsten Veränderungen

Die Leitindikatoren ermöglichen einen schnellen Überblick über die Fortschritte hinsichtlich der verschiedenen Schlüsselherausforderungen der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung; um ein umfassenderes und differenzierteres Bild zu erhalten, müssen die Fortschritte jedoch anhand der verschiedenen Indikatoren für jedes Thema gesondert betrachtet werden.

Sozioökonomische Entwicklung

Zahlreiche der Langzeittrends unter dem Thema „Sozioökonomische Entwicklung“ wurden – positiv oder negativ – durch die jüngste weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise beeinflusst. Vor diesem Hintergrund zeigt sich eine kurzfristige Verschlechterung insbesondere in Bezug auf Investitionen, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit sowie auf das reale Pro-Kopf-BIP und die Arbeitsproduktivität, auch wenn die beiden letztgenannten Aspekte wieder erste positive Entwicklungen zeigen. Andererseits sind hinsichtlich der Ausgaben für Forschung und Entwicklung und der Energieintensität, und kurzfristig auch bei der Sparquote privater Haushalte, Verbesserungen zu verzeichnen.

Tabelle 3: Bewertung der Veränderungen beim Thema „Sozioökonomische Entwicklung“ (EU-27, ab 2000)

Ebene 1	Ebene 2	Ebene 3
		Wirtschaftliche Entwicklung
	 Investitionen	 Regionale Unterschiede des BIP  Sparquote privater Haushalte
		Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und Ökoeffizienz
 Reales Pro-Kopf-BIP	 Arbeitsproduktivität	 Ausgaben für Forschung und Entwicklung  Energieintensität
		Beschäftigung
	 Beschäftigung	 Beschäftigungsquote (Frauen)  Regionale Unterschiede der Beschäftigungsquote  Arbeitslosigkeitsquote

Leitindikator

Das reale Pro-Kopf-BIP nahm EU-weit im Zeitraum 2000 bis 2010 um durchschnittlich 0,9 % pro Jahr zu, wobei die Zuwachsraten zwischen den EU-Mitgliedstaaten jedoch stark schwankt. Während des Wirtschaftsaufschwungs in den Jahren 2003 bis 2007 erreichten die Wachstumsraten bis zu 2,7 %, in einigen osteuropäischen Ländern lagen sie noch weit höher. Aufgrund der Wirtschaftskrise kam das Wachstum des Pro-Kopf-BIP im Jahr 2008 jedoch zum Stillstand und sank 2009 drastisch um 4,6 %. Am härtesten wurden die am schnellsten wachsenden osteuropäischen Mitgliedstaaten getroffen. EU-weit und in den meisten Mitgliedstaaten war 2010 ein zögerliches Wachstum zu verzeichnen; Irland, Griechenland, Spanien und Rumänien verzeichneten jedoch ein negatives Wachstum.

Aufgrund der Finanzkrise kam das rasche Wirtschaftswachstum zum Erliegen.

Zögerliches Wachstum 2010.

Wirtschaftliche Entwicklung

Im Zeitraum zwischen 2000 und 2009 folgte der Anteil der Investitionen am BIP dem Konjunkturverlauf (vor allem auf Unternehmensinvestitionen zurückzuführen). Nach Erreichen eines Spitzenwertes von 21,7 % im Jahr 2007 sank der Anteil der Investitionen im Verlauf der Jahre 2008 und 2009 auf einen Wert von 19,4 %, was hauptsächlich auf Kürzungen der

Die Investitionen, ausgedrückt als Anteil am BIP, blieben weitgehend stabil.

Unternehmensinvestitionen infolge der Wirtschaftskrise bedingt war.

Regionale Unterschiede bezüglich des BIP schwächten sich in der EU im Zeitraum von 2000 bis 2007 von 35,5 % auf 32,7 % ab. Gemeinsam mit den verminderten regionalen Unterschieden bezüglich der Beschäftigung lässt dies auf eine zunehmende Konvergenz der EU-Regionen schließen. Das regionale BIP wies innerhalb der einzelnen Länder weiterhin eine breite Streuung auf. Dies galt insbesondere in den östlichen EU-Mitgliedstaaten, in denen der rasche Übergang zur Marktwirtschaft zu einer zunehmend ungleichen Verteilung des Wohlstands geführt hat.

Geringere regionale Unterschiede bezüglich der Wirtschaftstätigkeit.

Über den Zeitraum von 2000 bis 2010 sank die Sparquote privater Haushalte als Anteil des verfügbaren Einkommens in der EU kontinuierlich, stieg jedoch durch die Finanzkrise 2008 geringfügig und 2009 deutlich an. Im Verlauf des Jahres 2010 sank die Sparquote privater Haushalte erneut, und zwar fast auf das Niveau von 2004. Die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten sind nach wie vor deutlich.

Im Zuge der Wirtschaftskrise stieg die Sparquote an.

Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Ökoeffizienz

Die Arbeitsproduktivität in der EU nahm im Zeitraum zwischen 2000 und 2010 um durchschnittlich 1,1 % pro Jahr zu. Auch wenn sie in mehreren Jahren um bis zu 1,7 % bzw. 1,8 % pro Jahr stieg – was in erster Linie darauf zurückzuführen war, dass östliche EU-Mitgliedstaaten aufholten – begann sie 2008 zu sinken und fiel 2009 um 1,2 %. Im Jahr 2010 stieg sie um 1,6 %.

Im Zuge der Krise nahm die Arbeitsproduktivität ab.

Im Zeitraum zwischen 2000 und 2009 blieb der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am BIP EU-weit mit einem Wert zwischen 1,8 und 1,9 % weitgehend stabil und verbesserte sich in den Jahren 2008 und 2009 geringfügig.

Die Ausgaben für F&E bleiben hinter den Zielvorgaben zurück.

Zwischen 2000 und 2009 nahm die Energieintensität in der EU kontinuierlich ab, in einigen Jahren um bis zu 2,5 %. Dies führte zu einer vollständigen Abkopplung des inländischen Bruttoenergieverbrauchs vom BIP-Wachstum.

Vollständige Abkopplung des Energieverbrauchs vom Wirtschaftswachstum.

Beschäftigung

Die Beschäftigungsquote in der EU stieg von 66,6 % im Jahr 2000 auf 70,4 % im Jahr 2008, fiel jedoch bis 2010 erneut auf 68,6 %. Besonders betroffen waren Männer, Jugendliche und Personen mit niedrigerem Bildungsniveau.

Fortschritte in Richtung des Beschäftigungsziels von 75 % durch die Wirtschaftskrise verzögert.

Im Zeitraum zwischen 2000 bis 2010 stieg die Frauenbeschäftigungsquote von 57,3 % auf 62,1 %, so dass sich das Gefälle zwischen den Geschlechtern verringerte. Zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten bestehen noch immer erhebliche Unterschiede.

Geringeres Gefälle zwischen den Geschlechtern bezüglich Beschäftigung und Arbeitslosigkeit.

Die regionalen Unterschiede der Beschäftigungsquote sanken von 13,0 % im Jahr 2000 auf 11,8 % im Jahr 2009. Verbesserungen wurden aufgrund der immer stabileren Position von Frauen in den regionalen Wirtschaften erzielt.














Im Durchschnitt stieg die Arbeitslosigkeit in der EU im Zeitraum zwischen 2000 und 2010. Nach dem Wirtschaftsaufschwung zwischen 2003 und 2007 fiel sie auf ein niedriges Niveau, stieg durch die Wirtschaftskrise 2009 sprunghaft an und stabilisierte sich 2010 auf ein Niveau über demjenigen des Jahres 2000.

Erfolge bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurden durch die Wirtschaftskrise konterkariert.

Nachhaltiger Verbrauch und nachhaltige Produktion

Die Veränderungen beim Thema „Nachhaltiger Verbrauch und nachhaltige Produktion“ seit 2000 zeigen einige extrem negative, aber auch einige äußerst positive Trends. Einerseits steigen der Material- und Stromverbrauch sowie die Erzeugung gefährlicher Stoffe nach wie vor an (beide sowohl absolut als auch pro Kopf). Andererseits sind der energetische Endverbrauch und die Menge des nicht mineralischen Abfallaufkommens in der EU rückläufig, und der Anteil der recycelten oder kompostierten Abfallstoffe ist gestiegen. Darüber hinaus sind die Emissionen wichtiger Luftschadstoffe deutlich gesunken, und bezüglich der Produktionsstrukturen wurden Fortschritte in Bezug auf umweltbezogene Aspekte der sozialen Verantwortung von Unternehmen und umweltverträgliche landwirtschaftliche Verfahren erzielt.

Tabelle 4: Bewertung der Veränderungen beim Thema „Nachhaltiger Verbrauch und nachhaltige Produktion“ (EU-27, ab 2000)

Ebene 1	Ebene 2	Ebene 3
 Ressourcenproduktivität	Ressourcennutzung und Abfall	
	 Nicht mineralische Abfälle (*)	 Inländischer Materialverbrauch  Gefährliche Abfälle (*)  Recycelte und kompostierte kommunale Abfälle  Luftschadstoffemissionen
	Verbrauchsstrukturen	
	 Stromverbrauch der Privathaushalte	: Personenzahl je Privathaushalt : Ausgaben der Privathaushalte  Energetischer Endverbrauch  Zahl der Pkw pro Haushalt
Produktionsstrukturen		
 Umweltmanagementsysteme (**)	 Umweltauszeichnungen : Fläche unter Agri-Umweltprogrammen  Ökologische Landwirtschaft (***)  Viehbestandsdichteindex (**)	

(*) Ab 2004.
 (**) Ab 2003.
 (***) Ab 2005.

Leitindikator

Beim Thema „Ressourcenproduktivität“ (gemessen als Verhältnis zwischen dem BIP und dem inländischen Materialverbrauch) ist im Zeitraum von 2000 bis 2007 eine leicht negative Entwicklung zu verzeichnen. Auch wenn ein Anstieg der Ressourcenproduktivität zwischen 2000 und 2007 darauf hindeutet, dass sich in der EU die Effizienz der Ressourcennutzung erhöht hat (das BIP wuchs schneller als der inländische Materialverbrauch), ist die Nachfrage nach Materialien (und die damit verbundene Umweltbelastung) weiter gestiegen. Die Abkopplung der Ressourcennutzung vom Wirtschaftswachstum war daher nur relativ.

Abkopplung der Ressourcennutzung vom Wirtschaftswachstum nur relativ.

Ressourcennutzung und Abfall

Der inländische Materialverbrauch nahm im Zeitraum 2000 bis 2007 absolut betrachtet und pro Kopf leicht zu, was auf einen Anstieg der inländischen Rohstoffgewinnung und Einfuhren infolge einer wachsenden Nachfrage nach Mineralstoffen zurückzuführen ist.

Materialverbrauch weiter ansteigend.

In Bezug auf das Abfallaufkommen sind sowohl günstige als auch ungünstige

Entwicklungen zu verzeichnen. Einerseits sank das Aufkommen nicht mineralischer Abfälle in der EU zwischen 2004 und 2008, und bei der Behandlung kommunaler Abfälle zeigte sich zwischen 2000 und 2009 eine signifikante Verlagerung hin zu Recycling und Kompostierung. Andererseits stieg das Aufkommen gefährlicher Abfälle zwischen 2004 und 2008 deutlich.

Verbesserte Abfallbehandlung, aber mehr gefährliche Abfälle.

Die durch den Menschen verursachten Emissionen von Luftschadstoffen wie Schwefeloxiden, Stickoxiden, flüchtigen organischen Nichtmethanverbindungen und Ammoniak nahmen im Zeitraum zwischen 2000 und 2008 deutlich ab.

Weniger Luftschadstoffemissionen.

Verbrauchsstrukturen

Die Ausgaben der Privathaushalte sind in der EU im Zeitraum 2000 bis 2007 kontinuierlich gestiegen, sanken jedoch leicht infolge der Wirtschaftskrise 2008 und 2009. Gleichzeitig nahm die Personenzahl je Haushalt ab, was einen stetigen Trend hin zu mehr, aber kleineren Privathaushalten widerspiegelt.

Mehr aber kleinere Haushalte mit höheren Ausgaben.

Der Stromverbrauch der Privathaushalte stieg zwischen 2000 und 2009 signifikant an, aber der energetische Endverbrauch sank – vor allem infolge der Wirtschaftskrise – leicht.

Energetischer Endverbrauch 2009 gesunken.

Die Zahl der Personenkraftwagen je 1000 EU-Einwohnern stieg im Zeitraum 2000 bis 2009 weiter, wenn auch langsamer als im Zeitraum 1990 bis 2000.

Immer mehr Autos auf den Straßen.

Produktionsstrukturen

Europäische Unternehmen beziehen zunehmend auf freiwilliger Basis soziale und Umweltbelange in ihre Betriebstätigkeit und in den Kontakt mit Interessengruppen ein; dieses Konzept wird als „soziale Verantwortung der Unternehmen“ bezeichnet. Die Zahl der Organisationen, die ein zertifiziertes Umweltmanagementsystem gemäß der Verordnung über das Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung eingeführt haben, stieg zwischen 2003 und 2010 deutlich. Ferner stieg im Zeitraum 2000 bis 2010 auch die Zahl der Auszeichnungen mit dem EU-Umweltzeichen deutlich an; der Marktanteil dieser Produkte ist jedoch nach wie vor gering.

Zunahme von Öko-Auszeichnungen und Organisationen mit zertifiziertem Umweltmanagementsystem.

Im Hinblick auf eine nachhaltige Agrarproduktion in der EU nahmen der Anteil der landwirtschaftlich genutzten Flächen unter Agri-Umweltprogrammen sowie der Anteil der ökologischen Landwirtschaft an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche bis 2009 deutlich zu. Ferner ging die Zahl der Vieheinheiten je Hektar im Zeitraum 2003 bis 2007 deutlich zurück; diese Entwicklung ist als positiv zu verbuchen.














Anzeichen für eine Extensivierung der Landwirtschaft.

Soziale Eingliederung

Die seit 2000 für das Thema „Soziale Eingliederung“ beobachteten Trends sind im Großen und Ganzen eher ermutigend, vor allem in Bezug auf die Armutsbekämpfung. Die Armutsgefährdung bzw. die Gefahr sozialer Ausgrenzung zeigt insgesamt eine deutlich positive Entwicklung. Dies zeigt sich insbesondere an der Zahl der Menschen, die von starker materieller Unterversorgung betroffen sind und an der Zahl der Personen, die in Privathaushalten mit extrem niedriger Erwerbsintensität leben. Weiterhin gibt es eindeutig positive Entwicklungen bei der Reduzierung der Anzahl von Erwachsenen mit niedrigem Bildungsniveau, und bei den Einkommensunterschieden zwischen Männern und Frauen (geschlechtsspezifischer Lohnunterschied). Des Weiteren sind in Bezug auf die Gefährdung durch finanzielle Armut, das Ausmaß der Armut, Einkommensunterschiede und Langzeitarbeitslosigkeit leicht positive Entwicklungen zu verzeichnen. Allerdings gibt es auch verschiedene ungünstige Entwicklungen. Der Anteil der in Armut lebenden Erwerbstätigen ist gestiegen, die Teilnahme am

lebenslangen Lernen ist gesunken (damit wurde das für 2010 gesetzte Ziel nicht erreicht), und bei der Senkung des Anteils von frühen Schulabgängern und Schülern mit geringer Lesekompetenz sind weitere Fortschritte erforderlich.

Tabelle 5: Bewertung der Veränderungen beim Thema „Soziale Eingliederung“ (EU-27, ab 2000)

Ebene 1	Ebene 2	Ebene 3
	Finanzielle Armut und Lebensbedingungen	
 Armutsgefährdung oder Gefahr sozialer Ausgrenzung (*)	 Armutsgefährdung nach Sozialleistungen (*)	 Ausmaß der Armut (*)
	 Starke materielle Unterversorgung (*)	 Einkommensunterschiede (*)
	Zugang zum Arbeitsmarkt	
	 Haushalte mit extrem geringer Erwerbsintensität (*)	 In Armut lebende Erwerbstätige (*)  Langzeitarbeitslosigkeit  Geschlechtsspezifischer Lohnunterschied (**)
	Bildung	
 Frühe Schulabgänger (***)	 Erwachsene mit niedrigem Bildungsniveau  Lebenslanges Lernen (***)  Geringe Lesekompetenz bei Schülern	

(*) Ab 2005.

(**) Ab 2006.

(***) Ab 2003.

Leitindikator

Von 2008 bis 2009 wurde erreicht, dass die Anzahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen um 2 Millionen zurückging. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass immer weniger Menschen von materieller Entbehrung betroffen sind.

Die Zahl der durch Armut oder soziale Ausgrenzung gefährdeten Menschen sank 2008–2009 um 2 Millionen.

Finanzielle Armut und Lebensbedingungen

Der Anteil der Menschen, die nach Sozialleistungen armutsgefährdet sind, ist seit 2005 nur leicht rückläufig, wohingegen die Zahl der Personen, die unter starker materieller Unterversorgung leiden, deutlich gesunken ist. Dieser günstige Trend ist in den meisten Mitgliedstaaten zu verzeichnen. Die Kluft zwischen dem Einkommen armer Menschen und der Armutsgrenze (Ausmaß der Armut) ist leicht gesunken. Auch die Einkommensunterschiede haben sich marginal verringert.

Leichter Rückgang des Anteils der finanziell armutsgefährdeten Menschen. Materielle Unterversorgung rückläufig.

Zugang zum Arbeitsmarkt

Im Zeitraum zwischen 2005 und 2009 sank der Anteil der in Haushalten mit extrem geringer Arbeitsintensität lebenden Menschen EU-weit und in den meisten Mitgliedstaaten. Während der Anteil der Langzeitarbeitslosen seit 2000 leicht zurückging, erhöhte sich der Anteil der Personen, die trotz Erwerbstätigkeit

Leicht rückläufige Langzeitarbeitslosigkeit, aber mehr in

armutsgefährdet sind (in Armut lebende Erwerbstätige), zwischen 2005 und 2009. Der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen war im Zeitraum 2006 bis 2009 – allerdings nicht in allen Mitgliedstaaten – rückläufig. *Armut lebende Erwerbstätige.*









Bildung

Auch wenn der Anteil der frühen Schulabgänger in der EU rückläufig ist, sind dennoch weitere Fortschritte erforderlich, um das für 2020 gesteckte Ziel zu erreichen. Seit 2003 wurden ebenfalls hinsichtlich der Teilnahme am lebenslangen Lernen Fortschritte erzielt, aber das für 2010 gesteckte Ziel wurde nicht erreicht. Der Anteil der Erwachsenen mit niedrigem Bildungsniveau nahm kontinuierlich ab. Der Trend bezüglich der geringen Lesekompetenz bei Schülern, der sich in den Vorjahren verschärft hatte, kehrte sich 2009 um, auch wenn dies nicht ausreicht, um die Zielvorgabe für 2010 zu erreichen. *Verschiedene positive Trends, aber die Zielvorgabe für 2010 für lebenslanges Lernen wurde verfehlt.*

Demografische Veränderungen

Bei den demografischen Indikatoren zur Lebenserwartung und Fruchtbarkeitsrate sowie den Indikatoren zur Angemessenheit des Einkommens älterer Menschen ist eine günstige Entwicklung zu verzeichnen. Auch wenn erhebliche Fortschritte erzielt wurden, wurde jedoch die Zielvorgabe für 2010 bezüglich der Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger nicht erreicht. Darüber hinaus haben sich die Indikatoren zur Überwachung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen negativ entwickelt. So stieg die Staatsverschuldung innerhalb der EU im Durchschnitt von 62,3 % 2008 auf 80 % 2010, und bei der Erhöhung des durchschnittlichen Rentenalters wurden nur zögerliche Fortschritte erzielt.

Tabelle 6: Bewertung der Veränderungen beim Thema „Demografische Veränderungen“ (EU-27, ab 2000)

Ebene 1	Ebene 2	Ebene 3
	Demografie	
	 Lebenserwartung mit 65 Jahren (Männer) (*)	 Fruchtbarkeitsrate (*)
	 Lebenserwartung mit 65 Jahren (Frauen) (*)	: Migration : Ältere Bevölkerung im Verhältnis zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter
	Angemessenheit des Alterseinkommens	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger	 Einkommensniveau von Personen über 65 Jahren im Vergleich zu vorher (**)	 Armutsgefährdung für Menschen über 65 Jahren (**)
	Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen	
	 Staatsverschuldung	 Rentenalter (***) : Ausgaben für Altenpflege : Auswirkungen der alternden Gesellschaft auf öffentliche Ausgaben

(*) Ab 2002.
 (**) Ab 2005.
 (***) Ab 2001.

Leitindikator

Das Ziel, bei älteren Personen einen Erwerbstätigenanteil von 50 % zu erreichen, wurde 2010 nicht erreicht. Nichtsdestotrotz stieg die Beteiligung älterer Menschen am Arbeitsmarkt über den gesamten Zeitraum an, was eine geringere Belastung der Rentenkassen erwarten lässt. *Zwar wurde das für 2010 gesteckte Ziel verfehlt, aber die Zahl älterer Erwerbstätiger ist gestiegen.*

Demografie

Die Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren ist sowohl für Männer als auch für Frauen im Zeitraum 2002 bis 2008 gestiegen. Die Rate der demografischen Erneuerung stieg ebenfalls geringfügig, liegt jedoch weiterhin unter dem Reproduktionsniveau. Zusammen mit der höheren Lebenserwartung lässt dies darauf schließen, dass die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter im Verhältnis zur Bevölkerung im Rentenalter weiter abnehmen wird.

Die Einwanderung in die EU liegt höher als die Auswanderung, ist aber im Zeitraum 2007 bis 2009 drastisch zurückgegangen. Das Verhältnis der älteren Menschen zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist im Zeitraum 2000 bis 2010 von 23,2 % auf 25,9 % gestiegen. Dieser Trend dürfte sich weiter fortsetzen und bis 2060 über 50 Personen im Alter von mind. 65 Jahren pro 100 Personen im erwerbsfähigen Alter erreichen. Steigende Altenquotienten, kombiniert mit einem niedrigen Rentenalter, werden je nach Höhe der Ausgaben im Rahmen staatlich garantierter Renten die öffentlichen Finanzen belasten.

Angemessenheit des Alterseinkommens

Das Einkommensniveau aus Renten bei Menschen im Alter von 65 bis 74 Jahren blieb, gemessen am Einkommensniveau aus Einkünften bei Menschen im Alter von 50 bis 59 Jahren, im Zeitraum 2005 bis 2009 mit 51 % stabil. Die Armutsgefährdung von Menschen über 65 Jahren ging im Zeitraum 2000 bis 2009 – ebenso wie Mitte der 1990er Jahre – zurück.

Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen

Im Zeitraum 2000 bis 2007 wurde die Staatsverschuldung erfolgreich reduziert und fiel 2007 auf knapp unter den EU-Referenzwert von 60 %. Nach 2007, mit Beginn der Finanzkrise, stieg die Staatsverschuldung jedoch auf ein noch höheres Niveau als Mitte der 1990er Jahre und erreichte 2010 die Marke von 80 %.

Ungeachtet einer Zunahme der Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger (siehe Leitindikator) hat sich die Steigerungsrate des durchschnittlichen Rentenalters verlangsamt. Dies macht es unwahrscheinlich, dass die vom Europäischen Rat im Jahr 2002 in Barcelona für 2010 gesetzte Zielvorgabe erreicht werden kann. Die Ausgaben für die Altenpflege bezogen auf das BIP sanken nach einem Anstieg zwischen 2000 und 2005 im Zeitraum 2005 bis 2007 wieder ab, bevor die Entwicklung 2008 auf einem günstigeren Niveau, das weitgehend demjenigen des Jahres 2000 entsprach, abflachte.

Die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen wird sowohl durch die alternde Bevölkerung als auch durch die Struktur der sozialen Sicherungssysteme in den Mitgliedstaaten belastet. Die potenziellen Auswirkungen der Überalterung werden durch die prognostizierten Veränderungen der Einkommensersatzquote und der öffentlichen Ausgaben für Renten deutlich.

Öffentliche Gesundheit

Die Entwicklungen beim Thema „Öffentliche Gesundheit“ seit dem Jahr 2000 bieten generell ein positives Bild. Der Leitindikator zeigt, dass die Menschen im Allgemeinen länger leben. Ebenso sind Verbesserungen in Form eines Rückgangs der Sterberate aufgrund chronischer Erkrankungen, der Selbstmordrate, der Produktion toxischer Chemikalien, der Lärmbelastigung und der Zahl schwerer Arbeitsunfälle zu verzeichnen. Andererseits profitieren nicht alle von den Verbesserungen, und es gibt









Das Verhältnis zwischen Erwerbs- und Nichterwerbsbevölkerung wird u. U. weiter sinken, mit möglichen Auswirkungen auf die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen.

Das durchschnittliche Rentenniveau ist weiter angemessen, und die Armutsgefährdung älterer Menschen ist gesunken.

Die aktuelle Wirtschaftskrise bedeutet eine hohe Belastung für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen.

weiterhin bedeutsame Ungleichheiten bezüglich Gesundheit und dem Zugang zur Gesundheitsversorgung. Außerdem bestehen weiterhin Herausforderungen im Zusammenhang mit den umweltbedingten Gesundheitsdeterminanten. Seit 2000 sind die Menschen in der EU einer stärkeren Belastung durch Ozon und Feinstaub ausgesetzt.

Tabelle 7: Bewertung der Veränderungen beim Thema „Öffentliche Gesundheit“ (EU-27, ab 2000)

Ebene 1	Ebene 2	Ebene 3
 Lebens- erwartung und gesunde Lebensjahre (*)	 Todesfälle infolge chronischer Erkrankungen	 Selbstmordrate : Versorgungslücken bezüglich der Gesundheitsversorgung
	Gesundheitsdeterminanten	
	 Produktion toxischer Chemikalien (**)	 Luftschadstoffbelastung durch Feinstaub  Luftschadstoffbelastung durch Ozon  Lärmbelästigung (***)  Schwere Arbeitsunfälle

(*) Ab 2002, nur auf Basis der Lebenserwartung.

(**) Ab 2002.

(***) Ab 2005.

Leitindikator

Verbesserungen bezüglich der Lebenserwartung in der EU lassen darauf schließen, dass die Förderung eines gesünderen und längeren Lebens für EU-Bürger Fortschritte gemacht hat. Die Lebenserwartung bei der Geburt stieg für Männer und Frauen im Zeitraum 2002 bis 2008 um 4 bzw. 3 Monate pro Jahr an. Außerdem lässt sich feststellen, dass Männer gegenüber Frauen in Bezug auf die Lebenserwartung aufholen.

Die Menschen in der EU leben länger, und die Unterschiede zwischen Männern und Frauen verringern sich.

Gesundheit und gesundheitliche Ungleichheiten

Verbesserungen im Bereich der Gesundheit sind bei verschiedenen Indikatoren zu verzeichnen. Die Sterberate aufgrund chronischer Erkrankungen – die Hauptursache vorzeitiger Todesfälle in der EU – sank zwischen 2000 und 2008 bei Personen unter 65 Jahren um 2,0 % pro Jahr. Verbesserungen im Bereich der psychischen Gesundheit, die sich in Veränderungen der Selbstmordrate widerspiegeln, sind im Zeitraum 2000 bis 2008 ebenfalls zu beobachten. Die Selbstmordrate insgesamt ist jährlich im Durchschnitt unter älteren Jugendlichen um 1,9 % und in der Altersgruppe über 85 Jahren um 3,6 % zurückgegangen. Ausnahme sind Menschen mittleren Alters, bei denen ein Anstieg der Selbstmordrate, der 2007 einsetzte, mit der Arbeitslosigkeit und Verschuldung infolge der Finanzkrise in Zusammenhang gebracht wird.

Weniger Menschen sterben aufgrund chronischer Erkrankungen oder Selbstmord. Die Finanzkrise fordert jedoch ihren Tribut bei Personen mittleren Alters.

Im Zeitraum 2005 bis 2009 sank der Anteil der Menschen, die einen nicht erfüllten Bedarf an Gesundheitsversorgung berichteten, in allen Einkommensgruppen. Dennoch liegt der Anteil der ärmsten Menschen, die einen nicht erfüllten Bedarf an Gesundheitsversorgung berichteten, noch immer acht Mal höher als in der höchsten Einkommensgruppe.

Trotz Verbesserungen sind die Kosten für medizinische Behandlung ein Hindernis für die ärmsten Menschen.

Gesundheitsdeterminanten

Die Produktion toxischer Chemikalien in der EU ist im Zeitraum 2002 bis 2009 durchschnittlich um 1,8 % pro Jahr zurückgegangen. Allerdings gab es keine Veränderungen in Bezug auf deren Anteil an der Gesamtproduktion von Chemikalien und den Anteil der am stärksten toxischen Chemikalien.

Trotz rückläufiger Produktion toxischer Chemikalien keine Verlagerung hin zu geringerer Toxizität.

Die Feinstaubbelastung der städtischen Bevölkerung sank um 0,4 % pro Jahr, ist jedoch noch deutlich entfernt von der für 2010 angestrebten Zielvorgabe. Die Ozonbelastung nahm im Zeitraum 2000 bis 2008 um 2,8 % jährlich zu. Dabei lassen sich jedoch keine klaren Trends erkennen, da die Belastung von Jahr zu Jahr schwankt, und Veränderungen in der Luftschadstoffkonzentration häufig auf natürliche oder naturnahe Ursachen wie Waldbrände und Klimaextreme zurückzuführen sind.

Die Belastung durch Luftschadstoffe in Städten hat sich nicht wirklich verbessert.

Der Anteil der Bevölkerung in der EU, der nach eigenen Aussagen unter übermäßiger Lärmbelastung leidet, ging im Zeitraum 2005 bis 2009 um durchschnittlich 1,5 % pro Jahr zurück.

Weniger Menschen leiden unter Lärmbelastung, und die Zahl schwerer Arbeitsunfälle ist zurückgegangen.

Bei den Bemühungen um die Sicherheit und den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz sind in der EU Fortschritte zu konstatieren. Diese Verbesserung entspricht grundsätzlich der Zielvorgabe einer 25-prozentigen Verringerung schwerer Arbeitsunfälle für den Zeitraum 2007 bis 2012.

Klimawandel und Energie










Bei der Mehrzahl der Indikatoren für den Bereich „Klimawandel und Energie“ sind seit dem Jahr 2000 relativ gute Fortschritte zu verzeichnen, insbesondere in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts. Ungünstige Trends sind weiterhin nur für eine geringe Zahl von Indikatoren zu beobachten. Auch wenn sich der Wandel hin zu einer Wirtschaft mit geringem CO₂-Ausstoß bereits in einigen Indikatoren niederschlägt, bleibt die EU-Wirtschaft weiterhin energie- und CO₂-intensiv, und die meisten Indikatoren dieses Themas stehen in engem Zusammenhang mit einem Wirtschaftswachstum. Daher ist zu erwarten, dass die Wirtschaftskrise erhebliche Auswirkungen auf die in diesem Kapitel erörterten Aspekte hat. Insgesamt sind die Veränderungen bezüglich der Trends in den Jahren 2008 und 2009 nicht das Ergebnis eines grundlegenden Strukturwandels, sondern eher eine zeitweise Unterbrechung längerfristiger Trends.

Die Treibhausgasemissionen in der EU-27 waren im Zeitraum 2000 bis 2009 rückläufig, und es ist davon auszugehen, dass das Tempo ausreicht, um die Zielvorgabe einer Verringerung um 20 % bis 2020 zu erreichen. Die EU-15 ist ebenfalls auf dem richtigen Weg, um die gemeinsame Zielvorgabe des Kyoto-Protokolls, die Treibhausgasemissionen im Verpflichtungszeitraum 2008 bis 2012 um 8 % unter das Niveau von 1990 zu senken, zu erreichen. Ebenso ist die EU gut aufgestellt, um die Zielvorgabe, den Anteil erneuerbarer Energien am Brutto-Endenergieverbrauch auf 20 % zu steigern, zu erreichen.

Positive Entwicklungen sind ebenfalls bei der Intensität der Treibhausgasemissionen durch Energieverbrauch, die Nutzung erneuerbarer Energien im Verkehr und Kraft-Wärme-Kopplung zu verzeichnen. Im Gegensatz wird das für 2010 gesteckte Ziel eines Anteils erneuerbarer Energien an der Elektrizitätserzeugung von 21 % wahrscheinlich nicht erreicht, auch wenn dieser Anteil im Zeitraum 2000 bis 2009 gestiegen ist. Die Abhängigkeit der EU von Energieimporten⁶ ist seit 2000 deutlich angestiegen; ca. 54 % des Energieverbrauchs werden durch Einfuhren aus Nicht-EU-Ländern gedeckt. Der implizierte Energiesteuersatz ist seit 2000 zurückgegangen; dies entspricht nicht dem Ziel der EU, die Steuerbelastung zu verlagern, indem Arbeit weniger und die Nutzung von Ressourcen stärker besteuert wird.

⁶ Für die Erzeugung von Kernenergie benötigter Brennstoff ist in den Energieimporten nicht berücksichtigt.

Tabelle 8: Bewertung der Veränderungen beim Thema „Klimawandel und Energie“ (EU-27, ab 2000)

Ebene 1	Ebene 2	Ebene 3
 Treibhausgasemissionen  Verbrauch erneuerbarer Energien (*)	: Treibhausgasemissionen nach Sektor	Klimawandel  Intensität der Treibhausgasemissionen durch Energieverbrauch : Globale durchschnittliche Oberflächentemperatur
	 Energieabhängigkeit	Energie  Inländischer Bruttoenergieverbrauch  Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien  Verbrauch von erneuerbaren Energien im Verkehr*  Kraft-Wärme-Kopplung (**)  Impliziter Energiesteuersatz

(*) Ab 2006.

(**) Ab 2004.

Leitindikatoren

Im Jahr 2009 lagen die Treibhausgasemissionen für EU-27 um 17,4 % unter den Werten von 1990. Somit wird das Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 20 % zu senken, wahrscheinlich erreicht werden. Des Weiteren lagen die Treibhausgasemissionen für EU-15 um 12,7 % unter dem Wert des Kyoto-Basisjahres. Folglich werden die EU-15-Länder die gemeinsame Verpflichtung in Bezug auf das Kyoto-Protokoll, die Treibhausgasemissionen im Zeitraum 2008 bis 2012 um 8 % zu verringern, wahrscheinlich übertreffen.

Aufgrund von Veränderungen bezüglich der Methodik liegen für den zweiten Leitindikator „Verbrauch erneuerbarer Energien“ Daten lediglich für den Zeitraum 2006 bis 2008 vor. Wenn das aktuelle Tempo der Veränderung über diesen kurzen Zeitraum beibehalten werden kann, wird die EU die Zielvorgabe für 2020 eines Anteils erneuerbarer Energien am Brutto-Energieendverbrauch in Höhe von 20 % wahrscheinlich erreichen.

EU-27 auf dem Weg, die Zielvorgabe bezüglich der Treibhausgasemissionen für 2020 zu erreichen. Kyoto-Verpflichtungen der EU-15 werden wahrscheinlich eingehalten. Die EU ist auf dem Weg, den angestrebten Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch zu erreichen.

Klimawandel

Mit gewissen nennenswerten Ausnahmen hat sich der Anteil der von den Hauptressourcenkategorien in EU-27 emittierten Treibhausgasemissionen insgesamt (ausgenommen internationale Bunker und Flächennutzung, Flächennutzungsänderungen und Forstwirtschaft) zwischen 1990 und 2009 kaum verändert. Die wichtigsten Veränderungen betreffen die Verringerung in der verarbeitenden Industrie und im Baugewerbe (von 14,8 % auf 11,5 %) und bei industriellen Verfahren (von 8,3 % auf 7 %) sowie vor allem einen Anstieg von 13,8 % auf 20,2 % im Verkehr. Die Veränderungen bezüglich der Anteile anderer Kategorien an den Emissionen sind eher gering.

Während auf verarbeitende Industrie, Baugewerbe und industrielle Verfahren weniger Emissionen entfallen, ist der Anteil des Verkehrs an den

Die Intensität der Treibhausgasemissionen durch Energieverbrauch ist im

Zeitraum 2000 bis 2009 vor allem aufgrund der Umstellung auf kohlenstoffärmere Brennstoffe leicht gesunken, wenn auch langsamer als in den 1990er Jahren. *Emissionen gestiegen.*

Im Zeitraum zwischen 2001 und 2010 lag die durchschnittliche globale Oberflächentemperatur 0,46 °C über dem Mittel von 1961 bis 1990, was das Jahrzehnt zur wärmsten Dekade seit Beginn der Aufzeichnungen macht. Dies entspricht dem Temperaturtrend in dem Sinne, dass die 2000er Jahre wärmer als die 1990er und diese ihrerseits wärmer als die 1980er und frühere Jahrzehnte waren. *2001–2010 war das wärmste Jahrzehnt seit Beginn der Aufzeichnungen.*

Energie

Die Abhängigkeit der EU von Energieimporten blieb während der 1990er Jahre mit etwa 45 % weitgehend konstant. Im Zeitraum 2000 bis 2009 ist der Grad der Energieabhängigkeit jedoch stark angestiegen und lag 2009 bei 53,9 %. *Die EU deckt über die Hälfte ihres Energiebedarf durch Importe.*

Die Energienachfrage in der EU ist leicht zurückgegangen. Nach einem kontinuierlichen Anstieg Anfang der 2000er Jahre sank sie im Zeitraum 2006 bis 2009. Insgesamt wurde der rückläufige Verbrauch fester Brennstoffe durch eine höhere Nutzung von Erdgas und, in gewissem Ausmaß, erneuerbaren Energien kompensiert. *Die Energienachfrage ist seit 2000 leicht gesunken.*

Der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromproduktion in der EU stieg von 13,8 % im Jahr 2000 auf 16,7 % im Jahr 2008. Ungeachtet des Anstiegs wird die EU das für 2010 gesteckte Ziel von 21 % wahrscheinlich nicht erreichen. Im Gegensatz dazu schnellte der Anteil erneuerbarer Energien im Verkehr zwischen 2006 und 2008 auf 3,5 % der Verkehrskraftstoffe. Wenn die aktuelle Wachstumsrate fortgesetzt werden kann, würde die EU die Zielvorgabe von 5,75 % für 2010 erreichen. Da Daten jedoch nur für drei Jahre vorliegen, ist dieser Wert mit Vorsicht zu behandeln. *Die EU wird wahrscheinlich ihr Ziel für Strom aus erneuerbaren Energien verfehlen, das für erneuerbare Energien im Verkehr jedoch wahrscheinlich erreichen.*

Die Entwicklung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) – einer Technologie, bei der die Erzeugung nutzbarer Wärme mit der Stromerzeugung kombiniert wird – ist bisher kontinuierlich, aber langsam verlaufen. Im Jahr 2009 lieferten KWK-Anlagen 11,4 % der Brutto-Stromerzeugung. *Geringe Fortschritte bei der KWK.*

Der implizierte Energiesteuersatz der EU ist im Zeitraum 2000 bis 2009 gesunken. Diese Verringerung der effektiven Steuerlast ist unvereinbar mit dem Ziel der EU, die Steuerlast von der Besteuerung der Arbeit als politisches Instrument hin zur Besteuerung des Ressourcen- und Energieverbrauchs zu verlagern, um Umweltziele zu fördern und die Beschäftigung zu erhöhen. *Keine Verlagerung der Steuerlast von Arbeit zu Energie.*












Nachhaltiger Verkehr

Insgesamt ergeben die Veränderungen in Bezug auf das Thema „Nachhaltiger Verkehr“ seit 2000 ein eher negatives Bild, aber es sind auch einige positive Trends zu verzeichnen. Das sich hier darstellende Bild ist somit weniger harsch als das der letzten Ausgabe dieses Berichts, auch wenn dies weitgehend auf die Wirtschaftskrise zurückzuführen ist. Diese hatte eine Verringerung der Verkehrsnachfrage und damit der negativen Auswirkungen des Verkehrs zur Folge.

Der Rückgang des Energieverbrauchs und der Treibhausgasemissionen im Zeitraum 2007 bis 2008 ergibt sich eher aus der Wirtschaftskrise als dass er einen kontinuierlichen Langzeitrend hin zu einer vollständigen Abkopplung darstellt. Auch wenn sich in Bezug auf eine Abkopplung des Verkehrs und seines Energieverbrauchs von der Wirtschaftsentwicklung Fortschritte abzeichnen, handelt es sich nur um eine relative Abkopplung. Des Weiteren zeigt sich weder beim Güterverkehr noch bei der

Personenbeförderung eine Verlagerung hin zu weniger umweltbelastenden Verkehrszweigen. Der durchschnittliche CO₂-Ausstoß von Neuwagen und die Zahl der Verkehrstoten sind stark zurückgegangen. Der sich seit 2000 fortsetzende rückläufige Trend bezüglich der Stickoxid- und Feinstaubemissionen hat sich sogar noch beschleunigt.

Tabelle 9: Bewertung der Veränderungen beim Thema „Nachhaltiger Verkehr“ (EU-27, ab 2000)

Ebene 1	Ebene 2	Ebene 3
		Verkehr und Mobilität
 Energieverbrauch des Verkehrs im Verhältnis zum BIP	 Güterverkehr nach Verkehrszweig  Personenbeförderung nach Verkehrszweig	 Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP (*)  Umfang der Personenbeförderung im Verhältnis zum BIP  Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur : Preise für die Personenbeförderung
		Auswirkungen des Verkehrs
	 Treibhausgasemissionen durch Verkehr  Verkehrstote (**)	 Durchschnittlicher CO ₂ -Ausstoß pro km von neuen Personenkraftwagen (***)  NO _x -Emissionen durch Verkehr  Feinstaubemissionen durch Verkehr

- (*) Ab 2004.
- (**) Ab 2001.
- (***) Ab 2007.

Leitindikator

Der verkehrsbedingte Energieverbrauch wächst seit dem Jahr 2000 langsamer als die Wirtschaft, so dass das Verhältnis zwischen Energieverbrauch und BIP zwischen 2000 und 2009 leicht rückläufig war. Dies lässt auf eine leichte relative Entkopplung des verkehrsbedingten Energieverbrauchs von der wirtschaftlichen Entwicklung schließen. Allerdings ist der Zusammenhang zwischen beiden auch weiterhin offensichtlich, da der Energieverbrauch gleichzeitig mit der stagnierenden Wirtschaft 2008 sank.

Die Energienachfrage des Verkehrs nimmt etwas langsamer zu als das BIP.

Verkehr und Mobilität

Der Anteil des Straßenverkehrs am inländischen Güterverkehr stieg im Zeitraum 2000 bis 2009 auf 77,5 %; entsprechend gingen die Anteile des Schienen- und Binnenschiffsverkehrs im gleichen Zeitraum leicht zurück. Diese Veränderungen gingen im Zeitraum 2000 bis 2007 mit einer steigenden Verkehrsleistung (Tonnenkilometer) einher, und erst ab 2008 sank die Güterverkehrsleistung im Einklang mit dem geringeren Wirtschaftswachstum im Zuge der Wirtschaftskrise. Auch 2009 war der Güterverkehr weiter rückläufig, was im Zeitraum 2000 bis 2009 zu einer absoluten Entkopplung des Güterverkehrs vom Wirtschaftswachstum führte.

Anteil des Straßenverkehrs am Güterverkehr gestiegen.

Absolute Entkopplung des Güterverkehrs von der wirtschaftlichen Entwicklung.

Die Verteilung der inländischen Personenbeförderung auf die Verkehrszweige blieb im Zeitraum 2000 bis 2008 relativ stabil; es war lediglich eine leichte Zunahme des Anteils des Pkw- und Schienenverkehrs (83,3 % bzw. 7,3 % im Jahr 2008) zu verzeichnen. Infolgedessen war ein leichter Rückgang des Anteils der Personenbeförderung in Linien- und Reisebussen zu verzeichnen. Die Entwicklung in Bezug auf den Umfang der Personenbeförderung in der EU entsprach weitgehend derjenigen im Güterverkehr, auch wenn diese mit

Relative Entkopplung der Personenbeförderung vom BIP.

0,4 % im Jahr 2008 leichter zurückging als im Güterverkehr mit 1,4 %. Da die Personenbeförderungsvolumina in diesem Zeitraum langsamer anstiegen als das BIP, kam es zu einer relativen Entkopplung der Personenbeförderung vom BIP.

Der Anteil der Investitionen in die Straßen- und Flughafeninfrastruktur fiel zwar von 66 % im Jahr 2000 auf 59 % im Jahr 2003, stieg jedoch 2009 auf 68 %. Ein umgekehrtes Entwicklungsmuster zeigt sich für den Anteil der Investitionen in Schienenverkehr, Binnenwasserstraßen und Seehäfen, der im selben Zeitraum von 34 % auf 32 % sank.

Auf den Straßenverkehr entfällt noch immer ein Großteil der Investitionen in Infrastruktur.

Im Zeitraum 2000 bis 2010 stiegen die Preise für die Personenbeförderung im Straßen-, Schienen- und Flugverkehr signifikant an, wenn auch unterschiedlich stark. Die höchste jährliche Preissteigerung ist mit durchschnittlich 4,2 % bei der Personenbeförderung auf der Straße (Linien- und Reisebusse) zu verzeichnen, gefolgt vom Schienenverkehr (4,0 %) und Luftverkehr (2,8 %). Die Preise für den Betrieb von und die Anschaffungskosten für Pkw erhöhten sich im Zeitraum 2000 bis 2010 um durchschnittlich 3,5 % bzw. 0,6 %. Relativ betrachtet stiegen die Preise im Pkw-Straßenverkehr und im Luftverkehr – dem Verkehrszweig mit dem am schnellsten wachsenden Energieverbrauch und den am schnellsten wachsenden Treibhausgasemissionen – somit weniger stark an.

Preise für den Straßen- und Schienenverkehr stärker gestiegen als für den Flugverkehr.

Auswirkungen des Verkehrs

Die Treibhausgasemissionen durch den Verkehr in der EU stiegen im Zeitraum 2000 bis 2009 langsamer an als im Zeitraum 1990 bis 2000. Infolge der verringerten Verkehrsnachfrage während der Wirtschaftskrise kam es 2008 (-1,7 %) und 2009 (-2,8 %) zu einem deutlichen Rückgang der verkehrsbedingten Treibhausgasemissionen.

Anstieg verkehrsbedingter Treibhausgasemissionen verlangsamt.

Da der Straßenverkehr den größten Einfluss auf die verkehrsbedingten Treibhausgasemissionen insgesamt hat, spielt die Entwicklung des durchschnittlichen CO₂-Ausstoßes neuer Personenkraftwagen eine zentrale Rolle bei der Senkung der Treibhausgasemissionen durch den Verkehr insgesamt. Es wurden gewisse Fortschritte erzielt, und die durchschnittliche jährliche Reduktion lag im Zeitraum 2007 bis 2009 EU-weit bei 4,2 %, wobei 2009 der durchschnittliche CO₂-Ausstoß neuer Personenkraftwagen pro km bei 145,7 g lag. Die derzeitigen Reduktionsraten scheinen auszureichen, um die Zielvorgabe von 130 g CO₂/km bis 2015 zu erreichen.

Fortschritte bei Senkung der durchschnittlichen CO₂-Emissionen von Neuwagen.

Im Gegensatz zu den steigenden Treibhausgasemissionen sind die Emissionen von Luftschadstoffen, wie z. B. Stickoxiden (NO_x) und Feinstaub, seit 1990 aufgrund der immer strengeren Emissionsnormen stetig zurückgegangen. Das aktuelle Niveau der Emissionen von NO_x⁷ und Feinstaub 2,5⁸ liegen um mehr als 30 % niedriger als 1990. Aus den Werten ab 2008 geht hervor, dass sich dieser Prozess durch die fallenden Verkehrsvolumina infolge der Wirtschaftskrise sogar noch beschleunigt hat.

Die kontinuierliche Reduktion von Luftschadstoffen hat sich 2008 beschleunigt.

Durch Maßnahmen zur Senkung der Zahl der Verkehrstoten in der EU konnte die Zahl der Menschen, die bei Verkehrsunfällen ums Leben kamen, seit 1991 mehr als halbiert werden. Insbesondere im Zeitraum 2007 bis 2009 gab es erhebliche

Die Zahl der

⁷ Bei den Stickoxiden wie Stickstoffmonoxid (NO) und Stickstoffdioxid (NO₂) handelt es sich um gesundheits- und umweltschädliche Säure bildende Gase.







⁸ Feinstaub mit einem durchschnittlichen aerodynamischen Durchmesser von bis zu 2,5 µm. Dieser wird mit Kreislaufkrankungen beim Menschen in Zusammenhang gebracht.

Fortschritte, was auf finanzielle Unsicherheit bedingt durch die Wirtschaftskrise zurückgeführt wird. Allerdings liegt die Entwicklung hinter der Vorgabe, nach der die Zahl der Verkehrstoten im Zeitraum 2001 bis 2010 halbiert werden sollte, zurück. *Verkehrstoten sinkt weiter.*

Natürliche Ressourcen

Bei den Veränderungen in Bezug auf das Thema „Natürliche Ressourcen“ seit 2000 zeigen sich sowohl positive als auch negative Trends. Einerseits hat es weitere Fortschritte bei der Ausweisung von Schutzgebieten und bei der Wasserqualität gegeben, und der Holzeinschlag in Wäldern ist weiterhin nachhaltig. Die Populationsdichte und die Artenvielfalt weit verbreiteter Vogelarten haben sich stabilisiert, wenn auch auf deutlich schlechterem Niveau als dem von 1990 und früheren Jahrzehnten. Andererseits sind die Meeresfischbestände weiterhin gefährdet, und bebaute Flächen nehmen weiterhin auf Kosten naturnaher Flächen zu.

Tabelle 10: Bewertung der Veränderungen beim Thema „Natürliche Ressourcen“ (EU-27, ab 2000)

Ebene 1	Ebene 2	Ebene 3
		Biologische Vielfalt
 Population verbreiteter Vogelarten (*)	 Schutzgebiete (**)	
		Süßwasserressourcen
	: Wasserentnahme	 Wasserqualität in Flüssen (***)
		Ökosysteme der Meere
 Erhaltung von Fischbeständen		: Fangkapazitäten
		Flächennutzung
	 Zunahme bebauter Flächen (****)	 Waldwachstum und Holzeinschlag

(*) EU-Aggregat auf Basis von 19 Mitgliedstaaten.

(**) EU-25, ab 2006.

(***) Aggregat auf Basis von 19 europäischen Ländern.

(****) EU-Aggregat auf Basis von 23 Mitgliedstaaten.

Leitindikatoren

Der EU-Index für alle verbreiteten Vogelarten stabilisiert sich nach den drastischen Rückgängen in früheren Jahrzehnten seit dem Jahr 2000. Besonders augenfällig ist die Erholung bei Habitatgeneralisten und Waldvogelarten. Die Populationen verbreiteter Ackerlandvogelarten sind hingegen weiterhin rückläufig.

Zwar erholen sich die Bestände verbreiteter Vogelarten, jedoch auf einem Niveau unterhalb dem früherer Jahrzehnte. Die Fangkapazitäten von Fischen liegen außerhalb sicherer biologischer Grenzen.

Die Gesamtfangmengen aus Beständen außerhalb sicherer biologischer Grenzen lagen im Jahr 2009 bei knapp 24 %. Die Fischfangmengen überschreiten derzeit in allen Kategorien bei weitem den Umfang, bei dem noch eine nachhaltige Bewirtschaftung gegeben wäre.

Biologische Vielfalt

Im Jahr 2010 erreichten die Naturschutzgebiete in EU-25 89 % der Fläche, die als ausreichend für die Bereitstellung von Lebensräumen zur Sicherstellung der biologischen Vielfalt angesehen wird. Die Unterschiede im Grad der Umsetzung zwischen älteren Mitgliedstaaten und solchen, die der EU in den letzten Jahren beigetreten sind, verringern sich, und 2010 lag der Mittelwert für alle 27 Mitgliedstaaten bei 98 %. Auch wenn die Umsetzung in Bezug auf die

Schutzgebiete erreichen ausreichende Fläche.

erreichte Fläche nahezu abgeschlossen ist, sind Fortschritte hinsichtlich der Verwaltung und des Verknüpfungsgrades der ausgezeichneten Gebiete erforderlich.

Süßwasserressourcen

In den meisten Ländern, für die Daten verfügbar sind, hat sich das Entnahmevermögen von Oberflächenwasser stabilisiert. Die Entnahmeraten von Grundwasser liegen in einigen Ländern noch immer hoch bzw. auf einem nicht nachhaltigen Niveau. Die starken Schwankungen der Raten zwischen den Ländern lassen sich mit geoklimatischen Merkmalen und der relativen Bedeutung bestimmter Wirtschaftszweige, wie in manchen europäischen Regionen etwa Tourismus und Landwirtschaft, in Zusammenhang bringen.

Die Süßwasserqualität in Flüssen verbessert sich, und die Entnahmeraten haben sich stabilisiert.

Im Zeitraum 2000 bis 2008 ist die Konzentration biologisch abbaubarer organischer Substanzen und anderer Schadstoffe aus Nährstoffen in Flüssen europaweit zurückgegangen⁹, was auf eine eindeutige Verbesserung der Süßwasserqualität hindeutet. Die Richtlinien in Bezug auf städtisches Abwasser und die Wasserrahmenrichtlinie zählen zu den Hauptmotoren dieser günstigen Entwicklung.

Ökosysteme des Meeres

Gemessen an der Gesamtmaschinenleistung der Fischereifahrzeuge wurde die Fischereiflotte in EU-15 kontinuierlich verkleinert, um die Fangkapazitäten an die verfügbaren Fischbestände anzupassen. Gleichzeitig haben sich jedoch Technologie und Fangeffizienz verbessert; daher sind die Gesamtfangkapazitäten nicht zurückgegangen.

Obwohl die Fischereiflotte kleiner wird, sind die Fangkapazitäten nicht zurückgegangen.

Flächennutzung

Ackerland und naturnahe Flächen wurden im Zeitraum 2000 bis 2006 weiter für bebaute Flächen in Anspruch genommen. Die stärkste Zunahme ist bei Bergwerken, Deponien und Baustellen, gefolgt von Verkehrsnetzen zu verzeichnen. Die Zersplitterung von Ökosystemen im Zusammenhang mit solch großflächigen linearen Strukturen belastet die biologische Vielfalt in hohem Maße.

Naturflächen werden weiterhin bebaut.

Im Zeitraum zwischen 2000 und 2010 erhöhte sich der Holzeinschlag leicht, während das Waldwachstum deutlich gesunken ist. Dies hat zu einem deutlichen Anstieg des Waldnutzungsgrades (dem Verhältnis zwischen Holzeinschlag und Wachstum) geführt. Dennoch ist die Holzernte weiterhin nachhaltig.











Holzeinschlag in Wäldern weiterhin nachhaltig.

Globale Partnerschaft

Das Gesamtbild, das sich aus den Indikatoren zum Thema „Globale Partnerschaft“ ergibt, ist recht positiv. Die Mehrheit der Indikatoren entwickelt sich seit dem Jahr 2000 positiv, insbesondere jene zu Handelsströmen, zur Finanzierung der nachhaltigen Entwicklung und der Naturpflege. Allerdings befindet sich die EU in Bezug auf den Leitindikator – den Anteil des Bruttonationaleinkommens, der für öffentliche Entwicklungshilfe in Entwicklungsländern ausgegeben wird – nicht auf Zielkurs. Des Weiteren entwickelten sich viele Indikatoren über den Zeitraum 2007 bis 2009, parallel zur Weltwirtschaftskrise, ungünstig.

⁹ Der Indikator bezieht sich auf ganz Europa, also EU-Mitgliedstaaten und Nichtmitgliedstaaten.

Tabelle 11: Bewertung der Veränderungen beim Thema „Globale Partnerschaft“ (EU-27, ab 2000)

Ebene 1	Ebene 2	Ebene 3
 Öffentliche Entwicklungshilfe	 Einfuhren aus Entwicklungsländern	Globalisierung des Handels  Anteil der Einfuhren aus den am wenigsten entwickelten Ländern  Subventionen für die EU-Landwirtschaft
		Finanzierung der nachhaltigen Entwicklung
	 Finanzierung für Entwicklungsländer (*)	 Anteil ausländischer Direktinvestitionen in Ländern mit niedrigem Einkommen (**)  Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe für Länder mit niedrigem Einkommen (*)  Anteil der ungebundenen Entwicklungshilfe (*)  Entwicklungshilfe für soziale Infrastruktur und Dienstleistungen (*) : Entwicklungshilfe für Schuldenerleichterung
		Globales Ressourcenmanagement
	: CO ₂ -Emissionen pro Kopf	 Entwicklungshilfe für Wasserversorgung und sanitäre Einrichtungen (*)

(*) EU-15.

(**) EU-Mitglieder des OECD-Entwicklungsausschusses.

Leitindikator

Der Anteil des Bruttonationaleinkommens (BNE), der für öffentliche Entwicklungshilfe in Entwicklungsländern ausgegeben wird, stieg zwischen 2005 und 2010 nur leicht. Somit hat die EU die für 2010 festgelegte Zielvorgabe von 0,56 % nicht erreicht. Ferner ist sie auch bei der Erreichung der Zielvorgabe für 2015, 0,7 % des BNE für öffentliche Entwicklungshilfe auszugeben, nicht auf dem Zielpfad.

Die EU hat ihre Zielvorgabe 2010 für öffentliche Entwicklungshilfe in Höhe von 0,56 % des BNE verfehlt.

Globalisierung des Handels

Der Anteil von Einfuhren aus Entwicklungsländern an EU-Einfuhren nahm im Zeitraum 2000 bis 2010 zu. Im Jahr 2009 kam es zu einer Unterbrechung des Trends infolge der Weltwirtschaftskrise. Entsprechend der EU-Zielsetzung nahmen Einfuhren aus den am wenigsten entwickelten Ländern zu, blieben jedoch insgesamt gering. Jene EU-Agrarsubventionen, die von der Welthandelsorganisation (WTO) als handelsverzerrend eingestuft werden, wurden im Zeitraum zwischen 2000 und 2007 um mehr als zwei Drittel abgebaut.

Einfuhren aus Entwicklungsländern haben zugenommen.

Finanzierung der nachhaltigen Entwicklung

Insgesamt stellte EU-15 den Entwicklungsländern 2009 mehr Mittel zur Verfügung als 2000, was den allgemeinen Trend unter Geldgebern widerspiegelt. Bei der Steigerung des Anteils der Länder mit niedrigem Einkommen an den ausländischen Direktinvestitionen und an Entwicklungshilfe sind leichte Fortschritte zu verzeichnen. Allerdings kam es im Zeitraum 2007 bis 2008 aufgrund der Weltwirtschaftskrise zu einem Rückgang der Geldströme. Die Mehrzahl der Indikatoren hatte 2009 noch nicht wieder das Niveau von 2007 erreicht. Im Jahr 2009 wurden weniger Mittel für Entwicklungshilfe für

Entwicklungsförderung der EU-15 insgesamt angestiegen, aber Wirtschaftskrise hatte negative Auswirkungen.

Schuldenerleichterung zur Verfügung gestellt als 2000.

Globales Ressourcenmanagement

Bei den Indikatoren für das globale Ressourcenmanagement sind positive Trends zu verzeichnen. Die Differenz bezüglich der CO₂-Emissionen je Einwohner/-in in der EU und in Entwicklungsländern hat sich verringert, ist aber weiterhin erheblich. Die Verringerung ist in erster Linie auf zunehmende CO₂-Emissionen in den Entwicklungsländern und einen Rückgang in der EU zurückzuführen. Die öffentliche Entwicklungshilfe für Wasserversorgung und sanitäre Einrichtungen nahm im Zeitraum 2000 bis 2009 deutlich zu.

Die Differenz bezüglich der CO₂-Emissionen der EU und der Entwicklungsländer nimmt ab.

Gute Staatsführung

Die für das Thema „Gute Staatsführung“ seit 2000 beobachteten Trends waren gemischt. Positive Trends waren bei Vertragsverletzungsfällen und bei der Verfügbarkeit und Nutzung der elektronischen Behördendienste (*E-Government*) zu verzeichnen. Darüber hinaus lag der Indikator für die Umsetzung des Gemeinschaftsrechts oberhalb der Zielvorgabe. Negative Entwicklungen sind allerdings in Bezug auf die Wahlbeteiligung bei nationalen Parlamentswahlen zu verzeichnen, die allgemein rückläufig ist. Darüber hinaus zeigt das Verhältnis der Umweltsteuern zur Lohn- bzw. Einkommenssteuer, dass eine allgemeine Verlagerung hin zu einem höheren Anteil der Umweltsteuern an den Gesamtsteuereinnahmen nicht erreicht wurde.

Tabelle 12: Bewertung der Veränderungen beim Thema „Gute Staatsführung“ (EU-27, ab 2000)

Ebene 1	Ebene 2	Ebene 3
	Politikkohärenz und -effektivität	
	☀️ Vertragsverletzungsfälle (*)	☀️ : Bürgervertrauen in die EU-Institutionen ☀️ Umsetzung des Gemeinschaftsrechts (*)
	Offenheit und Bürgerbeteiligung	
☁️	Wahlbeteiligung	☀️ Verfügbarkeit elektronischer Behördendienste (*) ☀️ Nutzung elektronischer Behördendienste (**)
	Ökonomische Instrumente	
☁️⚡️	Umweltsteuern im Verhältnis zur Einkommenssteuer	

(*) Ab 2007.

(**) Ab 2005.

Politikkohärenz und -effektivität

2009 erklärte die Hälfte der EU-Bürger, dass sie dem Europäischen Parlament vertrauen; damit genießt das Europäische Parlament das größte Bürgervertrauen unter den wichtigsten EU-Institutionen. Weniger Bürger gaben an, dass sie der Europäischen Kommission und dem Rat der EU vertrauen.

Das Europäische Parlament genießt das größte Bürgervertrauen unter den wichtigsten EU-Institutionen.

Im Zeitraum 2007 bis 2009 sank die Zahl der Vertragsverletzungsfälle in der EU von 212 auf 142 deutlich. Dies ist hauptsächlich auf eine rückläufige Entwicklung in zwei Politikbereichen – Binnenmarkt sowie Justiz und Inneres – zurückzuführen, wobei es zwischen den politischen Bereichen deutliche Unterschiede gibt.

Die Zahl der Vertragsverletzungsfälle ist gesunken, und

Der Europäische Rat legte 2001 eine Quote von 98,5 % als Zielvorgabe für die

Umsetzung des Gemeinschaftsrechts durch die nationalen Regierungen fest. Auch wenn die Gesamtquote 2009 knapp über der Zielvorgabe von 98,5 % lag, war in mehreren politischen Bereichen eine niedrigere Umsetzungsquote zu verzeichnen.

die EU liegt über der Zielvorgabe für die Umsetzung des Gemeinschaftsrechts.

Offenheit und Bürgerbeteiligung

Die Wahlbeteiligung bei nationalen Parlamentswahlen ist EU-weit im Zeitraum 2000 bis 2010 zurückgegangen. Generell war die Wahlbeteiligung bei nationalen Wahlen größer als bei Wahlen zum Europäischen Parlament.

Die Wahlbeteiligung ist bei nationalen Wahlen leicht rückläufig.

Die in der EU umfassende Verfügbarkeit grundlegender elektronischer Bürgerdienste (*E-Government*) hat seit 2002 stetig zugenommen. Ferner wurden elektronische Bürgerdienste im Zeitraum 2005 bis 2010 auch stärker durch Einzelpersonen genutzt. Allerdings bestehen in den Mitgliedstaaten erhebliche Unterschiede.

Verfügbarkeit und Nutzung elektronischer Bürgerdienste haben zugenommen.

Ökonomische Instrumente

Im Zeitraum zwischen 2000 und 2009 gab es eine Verlagerung von Umweltsteuern hin zur Einkommensteuer. Dies entspricht nicht dem in der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung festgelegten Ziel, die Steuerbelastung von der Arbeit weg hin zum Ressourcen- und Energieverbrauch sowie zur Umweltverschmutzung hin zu verlagern.

Das Verhältnis von Umweltsteuern zur Einkommensteuer ist kleiner geworden.